

STEFAN BOLLINGER

Die Gewaltfrage während der Revolution 1989/90 und die Gegenwart



Stefan Bollinger – Jg. 1954 in Berlin/DDR, Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. Wichtige Publikationen zum Thema: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling (1993); Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968 (1995); Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR (1996); 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? (1999)

Foto: privat

Die brennende Aktualität eines Dauerthemas

Seit Jahren wird zur Frage der Gewalt in der Gesellschaft und zwischen den Staaten und Gesellschaften geforscht und diskutiert. Die Literatur der neunziger Jahre ist durch die Beschäftigung mit dem friedlichen Verlauf des Systemwechsels in Osteuropa, den neu aufbrechenden, insbesondere nationalen Konflikten in Osteuropa, Afrika und Asien¹, vereinzelt den Konflikten in den westlichen Metropolen², aber auch durch ein stärker psychologisierendes oder soziologisierendes Herangehen gekennzeichnet³. Insbesondere das Erstarken der Neonazis und ihre Gewalttaten, und hier wiederum in Ostdeutschland, haben die Diskussion angeregt.⁴ Es bestand die Aussicht auf ein differenziertes Umgehen mit diesem gesellschaftlichen Phänomen. Nun aber »erschütterte eine Welle des durch seine Raffinesse spektakulären Terrors ... die Welt. Ein gigantisches Gerede der Massenmedien verrückte in der Folge die wahren Gewalt-Verhältnisse im öffentlichen Sprechen. Jeder vergleichende, nüchterne Ansatz einer Schadens-Analyse wurde als kalte Ungeheuerlichkeit verdrängt. Das Blutige galt wieder als das allein Schreckliche und die blutigen Verbrechen gegen den Staat als das Schrecklichste. Die alte Gewalt-Dogmatik beherrschte erneut die Öffentlichkeit und auch weitere Kreise der politischen Szene: Gewalt ist ausschließlich entweder die willkürliche Verletzung der körperlichen und moralischen Integrität von Personen oder durch Personen oder dann die gezielte Verletzung der staatlichen Ordnung durch Einzelne und Gruppen ... Diese Dogmatik fordert letztlich eine unkritische Haltung gegenüber der Gewalt. Die bekenntnishafte Absage an jede Form der personalen Gewalt rückt an die Stelle ihrer Analyse; das Bekenntnis zum Staat verbietet das Studium seiner Strukturen. Bereits ihre Analyse wird als Propaganda für Gewalt empfunden. Gar ein Wort über den rationalen Einsatz von Gewalt gegen den Staat zu wagen, rückt vollends in den Bereich der Aufwiegelung zur Gewalt. Sollte dieser Trend ungestört anhalten, wird, um den blutigen Terror einzuschränken, schließlich der symbolische herrschen. Die Freiheit wäre dann, um mit Hegel zu sprechen, vor Angst zu sterben, gestorben.«⁵

Dieses Zitat paßt unzweifelhaft auf unsere gegenwärtige Situation. Seit dem verabscheuungswürdigen und nicht zu rechtfertigenden Massenmord am 11. September 2001 in New York und anderen Städten der USA steht die Gewaltfrage als Frage offener, brutaler, terroristischer und militärischer Gewalt gegen Personen, Institutionen, Gesellschaftsformen und Lebensweisen in neuer Weise auf der

Tagesordnung. Nur, die zitierten Überlegungen des Schweizer Philosophen Hans Saner entstanden 1978 unter dem Eindruck der Terroranschläge der RAF in der Bundesrepublik der ausgehenden siebziger Jahre. Die Probleme und Risiken einer rationalen, wissenschaftlichen wie politischen Auseinandersetzung mit der Gewalt und ihren Ursachen sind aber aktuell, haben angesichts des heute unter den Vorzeichen der Globalisierung drohenden Kampfes der Kulturen, der Religionen, der Völker eine ungeahnte Brisanz gewonnen.

Weiter unten soll unter Rückgriff auf die jüngsten deutschen Erfahrungen mit einem konkreten politischen und sozialen Wandel – der Revolution in der DDR⁶, ihrem Abbruch und dem Übergang zum Anschluß an die Bundesrepublik – auf die Möglichkeiten und Grenzen einer differenzierten Analyse der Gewalt in historischen Prozessen und die Ableitung von Konsequenzen für die aktuelle politische Auseinandersetzung in den westlichen Metropolen verwiesen werden.

Zum Verständnis von Gewalt

Zunächst muß hier genauer nach dem Platz der Gewalt in der Geschichte gefragt werden. Interessanterweise stellt man dabei fest, daß der Gewalt-Begriff in den einschlägigen Wörterbüchern nur selten zu finden ist, während Macht, Herrschaft, Demokratie oder Diktatur durchaus gängige Begriffe sind. Wobei zumindest im Umfeld von Aufklärung und Französischer Revolution wesentliche Grundlagen für diese Fragen aus unterschiedlicher Sicht gelegt wurden. Sei es durch die Gewaltenteilungslehre *Charles Louis Montesquieus*, die Begründungen zu Macht und Gesellschaftsorganisation bei *Jean-Jacques Rousseau* oder *Benjamin Constant's* Kritik des Despotismus.⁷

Mit *Karl Marx* und *Friedrich Engels*⁸ kommt eine dialektische und sozioökonomische Betrachtungsweise ins Spiel, die für die Untersuchung des Themas günstige Voraussetzungen schafft. Immer wieder (aus heutiger Sicht mit den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts leichtfertig und überschwenglich) wird von ihnen Gewalt in einer »revolutionären Rolle«, als »das Werkzeug ..., womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht«⁹ gesehen, ja als »Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht«, von *Karl Marx* als »eine ökonomische Potenz«¹⁰ beschworen. *Friedrich Engels* verweist allerdings gegen *Eugen Dührings* Verabsolutierung der Gewalt als dem vermeintlich »geschichtlich Fundamentalen« darauf, »daß die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vorteil dagegen der Zweck ist«¹¹.

Deutlich wird, daß Gewalt sich nicht schlechthin auf die Repression von Militär, Polizei oder Justiz, also die klassischen Repressionsinstrumente des Staates, reduzieren läßt. Gewalt ist auch nicht in erster Linie Willkür und Terror. Für *Marx* dient »die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft«, dazu, »den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen«¹². Beide hatten jedoch schon früh nur Spott für Auffassungen übrig, die »den Staatszwang, Bajonette, Polizei, Kanonen« als den entscheidenden »äußeren Zwang« ansahen. Das konnten kei-

»Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.«

Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 182.

»Die *Kommune* – das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigne Gewalt schaffen; das ist die politische Form ihrer sozialen Emanzipation an Stelle der künstlichen Gewalt (die sich ihre Unterdrücker angeeignet) (ihre eigne Gewalt, den Unterdrückern entgegengesetzt und gegen sie organisiert) der Gesellschaft, von ihren Feinden zu ihrer Unterdrückung gehandhabt.« Karl Marx: 1. Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, Bd. 17, S. 543.

neswegs »die Grundlage der Gesellschaft« sein, vielmehr »nur eine Konsequenz ihrer eignen Gliederung«¹³. Auch wenn sie schon die Autonomie von Gewaltinstrumentarien begriffen, so stand im Mittelpunkt ihrer Überlegungen und Forderungen die zwingende und nicht weiter differenzierte Erkenntnis, daß »die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ... die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern« ist¹⁴. Konsequenterweise war der Sturz dieser Klasse und ihrer Herrschaft nicht zuletzt mit den gewaltsamen Mitteln in ihrem Kalkül zentral. Die Herrschaft der bisher herrschenden und ausbeutenden Klasse sollte radikal, revolutionär überwunden werden, ersetzt durch das »als herrschende Klasse organisierte Proletariat«, welches vermittels des Staatsapparates despotisch »in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse« eingreift.¹⁵

Dabei gibt es allerdings insbesondere in den späten Schriften von *Engels*, so in der Einleitung zu »Klassenkämpfe in Frankreich« von 1895¹⁶, deutliche Hinweise auf ein differenzierteres Herangehen, das die Nutzung der parlamentarischen Möglichkeiten einschließt. Trotzdem hat auch *Engels* keinen Zweifel, daß zur Schaffung des Sozialismus eine »Diktatur des Proletariats« unverzichtbar ist. Und er mahnt: »Oder warum kämpfen wir denn um die politische Diktatur des Proletariats, wenn die politische Macht ökonomisch ohnmächtig ist? Die Gewalt (das heißt die Staatsmacht) ist auch eine ökonomische Potenz!«¹⁷

Genau diese Einsichten führten in der Folge besonders *Wladimir Iljitsch Lenin* zu Vorstellungen und Praxis einer notwendigen gewaltsamen Überwindung des Kapitalismus und der »Diktatur der Bourgeoisie«. Seine Konsequenz blieb im politischen Bewußtsein seiner Kampfgefährten und Nachfolger haften: »Noch keine einzige Frage des Klassenkampfes ist in der Geschichte anders als durch Gewalt entschieden worden. Wenn die Gewalt von den werktätigen, ausgebeuteten Massen ausgeht, gegen die Ausbeuter, ja, dann sind wir für diese Gewalt!«¹⁸ Der stürmische Beifall der Delegierten des Dritten Gesamtrussischen Sowjetkongresses im Januar 1918 zeigte jene Überzeugungskraft an, die diese These auch dann noch behalten sollte, als der Klassenfeind längst liquidiert war. *Lenin* selbst war sich sehr wohl des zeitweiligen, begrenzten Charakters seiner Thesen bewußt. Er stellte als Alternative die »Methoden des Organisierens, des Aufbaus«, die Notwendigkeit, ein »Beispiel zu geben« heraus.¹⁹ Für ihn beinhaltet die Diktatur des Proletariats »systematische anleitende Einwirkung (auch = Kampf, jedoch von besonderer Art, Überwindung eines bestimmten, zwar ganz anderen Widerstands und eine ganz andere Art der Überwindung) auf *alle* Werktätigen außer den Proletariern«.²⁰

Genau diese Unfähigkeit, diesen Umschlag hin zu einer neuen Form der gesellschaftlichen, politischen Organisation der Gesellschaft zu erreichen und statt dessen eine »revolutionäre«, das heißt fern jeglicher Gesetzlichkeit, Angemessenheit und letztlich Legitimität bewegende Gewalt als Instrumente der politischen Macht zu praktizieren, erwies sich als verhängnisvoll. Das war ein Konstruktionsfehler des Staatssozialismus, wie er sich dann mit der Durchsetzung der Stalinschen Diktatur dauerhaft in dem sowjetischen Mo-

dell ausprägte und bis zum Ende bei durchaus weitgehenden Modifikationen und Abschwächungen, aber den Kern dennoch erhaltend, fortsetzte.

Gewaltphänomen in freiheitlichen Gesellschaften?

In der bundesdeutschen Diskussion waren vorrangig die osteuropäischen Gesellschaften mit ihren Deformationen ein eher abschreckender Bezugspunkt für Gewalt, wie auch die nationalsozialistische Vergangenheit. Nur teilweise wurde die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern nach *Stalins* Tod reflektiert und mit dem Ende des Ostblocks auch diese Episode von Ansätzen sozialistisch-rechtsstaatlicher Sicht auf Gewalt ausgeblendet. Mehr als die stalinistischen Exzesse beschäftigten allerdings die Gewalterscheinungen im Umfeld der Studentenbewegung und später der RAF in der Bundesrepublik. Im Interesse einer antikapitalistischen Gesellschaftsveränderung sollte Gewalt als Gegengewalt der Unterdrückten Angriffe auf Personen, staatliche Institutionen und Gewaltorgane, auch auf Sachen rechtfertigen. Eine Gesellschaft, die den Vietnamkrieg rechtfertigte, sollte zur Not mit ihren eigenen Waffen aufgerüttelt und geschlagen werden. In der bundesdeutschen Diskussion erschien die Gewaltfrage mit der Studentenbewegung von 1968 und den Konsequenzen des RAF-Terrors in scharfer Form und dem Bewußtsein, daß Gewalt im klassischen – physischen und antipersonalen – Sinne kontraproduktiv für eine Austragung und gar Lösung von Widersprüchen sein könnte.

Genau hier setzte *Hannah Arendts* Kritik an der Studentenbewegung und ihren Ideologen an, denen sie durchaus zubilligt, »keine Marxisten mehr« zu sein.²¹ Insbesondere an *Jean-Paul Sartre* und *Franz Fanon*²² arbeitet sie sich in ihrer Ablehnung dieser Gewaltpredigten und -praktiken berechtigt ab, ohne allerdings die Tragweiten der von diesen bekämpften realen Gewaltprozesse zu beachten. Ihre Sorgen waren natürlich wohlbegründet. Das ausgehende 19. und das beginnende 20. Jahrhundert haben Gewalt in allen Formen demonstrativ und nachdrücklich in das Gedächtnis der Menschen eingebrannt, totalitäre Strukturen sorgten dafür, daß unter den konträrsten Vorzeichen Gewalt wirksam wurde. Ihr Problem ist die von ihr kritisierte Gleichsetzung von Macht und Gewalt, wobei sie übersieht, daß sie selbst immer wieder nur auf die physische, personale, letztlich überschießende terroristische Gewalt im Sinne der Repression hin schaut. Vor dem Hintergrund der Gewalterfahrung mit dem nationalsozialistischen, aber auch stalinistischen Terror schwebt ihr eine Limitierung, eine rechtsstaatliche Einbindung von Gewalt vor, die naturgemäß in der von ihr untersuchten Gewaltfrage im Kontext von Rebellion und Revolution nicht festzumachen war. Für sie gehört »Macht ... in der Tat zum Wesen aller staatlichen Gemeinwesen, ja aller irgendwie organisierten Gruppen, Gewalt jedoch nicht. Gewalt ist ihrer Natur nach instrumental; wie alle Mittel und Werkzeuge bedarf sie immer eines Zwecks, der sie dirigiert und ihren Gebrauch rechtfertigt.«²³ Hier liegt auch der Unterschied zur Macht, der ihrer Ansicht nach eben keiner Rechtfertigung bedarf.

Augenscheinlich reicht aber diese Reduzierung der Gewalt auf die instrumentale Seite und vor allem auf bestimmte Formen der Re-

»Das kindliche Exempel also, das Herr Dühring eigens erfunden hat, um die Gewalt als das ›geschichtlich Fundamentale‹ nachzuweisen, es beweist, daß die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vorteil dagegen der Zweck ist. Um soviel ›fundamentaler‹ der Zweck ist als das seiner wegen angewandte Mittel, um ebensoviele fundamentaler ist in der Geschichte die ökonomische Seite des Verhältnisses gegenüber der politischen.«

Friedrich Engels: Herr Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S. 148.

pression vornehmlich gegen Personen nicht aus. Überhaupt führt eine sowohl umgangssprachliche wie historisierende Betrachtung der Gewalt als letztlich terroristische von Einzel-/Gruppentätern (also Rebellen, Banditen, Partisanen, Guerilleros, Psychopaten, aber auch Neonazis, Autonomen) in ihrer dann auch noch oft mangelnden Differenzierung nach Umfang, Reichweite und Gefährlichkeit (zwischen dem tödlichen Bombenanschlag eines Hamas-Terroristen und den zerschlagenen Schreibern von Polizeiwagen oder Banken durch die Autonomen des »Schwarzen Blocks«) einerseits – und andererseits den in Bruch von Menschen- und Völkerrecht erfolgenden terroristischen Gewaltanwendungen eines Staates gegen politische, rassische oder ethnische Gegner zu den problematischen Seiten der Beschäftigung mit diesen Fragen.

Die Gewalt der Strukturen

»Hiernach ist es klar, welche Rolle die Gewalt in der Geschichte gegenüber der ökonomischen Entwicklung spielt. Erstens beruht alle politische Gewalt ursprünglich auf einer ökonomischen, gesellschaftlichen Funktion und steigert sich in dem Maß, wie durch Auflösung der ursprünglichen Gemeinwesen die Gesellschaftsglieder in Privatproduzenten verwandelt, also den Verwaltern der gemeinsam-gesellschaftlichen Funktionen noch mehr entfremdet werden. Zweitens, nachdem sich die politische Gewalt gegenüber der Gesellschaft verselbständigt, aus der Dienerin in die Herrin verwandelt hat, kann sie in zweierlei Richtung wirken. Entweder wirkt sie im Sinn und in der Richtung der gesetzmäßigen ökonomischen Entwicklung.«

Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S. 169 f.

Zweifellos ist die instrumentale Betrachtung der Gewalt als Ausfluß von Macht ein berechtigter Zugang, aber Gewalt ist mit *Georges Labica* durchaus zweckmäßigerweise »als eine den gesellschaftlichen Verhältnissen inhärente Praxis«²⁴ zu begreifen, die den gesellschaftlichen Kontext von Gewaltträgern und Gewaltbetroffenen in ihrem sozioökonomischen Zusammenhang einschließen muß.

Einen wesentlichen Fortschritt bringt die Unterscheidung von personaler und struktureller (beziehungsweise indirekter) Gewalt durch *Johan Galtung*, die er aus den Notwendigkeiten einer die Ursachen von Gewalt genauer erfassenden Friedensforschung unternimmt. Für ihn liegt »Gewalt ... dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, daß ihre aktuelle somatische (das heißt körperliche – S.B.) und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung.«²⁵ Mit der strukturellen Gewalt ist in dieser Betrachtungsweise eben nicht mehr die unmittelbare Gewaltanwendung konkreter Personen (Institutionen) auf andere Personen das Ausschlaggebende, sondern es wird aufgezeigt, daß »die Gewalt in das System eingebaut (ist) und ... sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen« äußert, letztlich als »soziale Ungerechtigkeit«.²⁶ Neben der »Klassischen Gewalt« arbeitet Galtung »Armut – Entzug des Lebensnotwendigen, Unterdrückung – Entzug der Menschenrechte, Entfremdung – Entzug höherer Erfordernisse« als wesentliche Formen der Gewalt heraus. Er bietet damit ein Analyseinstrumentarium, das auch für die Entwicklung von Gewaltvermeidungsstrategien wesentlich ist. Er reduziert weder auf einzelne Formen der Gewaltanwendung noch auch eine allein an der Konfliktlinie der Klassen festzumachende Gewaltstruktur. Offenbar bleibt aber ein »aller Gewalt« zuzuordnendes »Moment der Feindlichkeit«²⁷, zumindest auf Grund der unterschiedlichen Interessenlagen, durchaus im Raum. Schließlich richtet er sich in den siebziger Jahren keineswegs nur gegen das kapitalistische, sondern auch gegen das staatssozialistische System. Folglich hat *Galtung* vor diesem Hintergrund kein Problem damit – ketzerisch für alle Seiten –, Hitlerismus, Stalinismus und Reaganismus in einen totalitären Topf zu werfen²⁸. Letzteren aktualisiert als die Verwirklichung einer neoliberal dominierten Globalisierung zu begreifen, dürfte den Intentionen des Autors wohl kaum entgegenstehen.

Galtung überwindet mit seinem Konzept der strukturellen Gewalt die Grenze des klassischen Gewaltbegriffs. Das oft vorgehaltene Risiko einer Verwässerung des Gewaltbegriffs wird dann umgangen, wenn tatsächlich der konkrete Zusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer bislang hierarchischen, also auch repressiven Momente beachtet wird und nicht vordergründig auf eine zweifellos vorhandene psychologische, möglicherweise anthropologische Ebene reduziert wird.

Galtung befindet sich hier durchaus in Übereinstimmung mit Vorstellungen bei *Marx* und *Engels* zum Zusammenhang von Gewalt und Ökonomie. *Marx* weist schon früh darauf hin – und dabei den Bezug zu den klassischen Gewaltinstrumenten verlassend: »Das Kapital ist also die *Regierungsgewalt* über die Arbeit und ihre Produkte. Der Kapitalist besitzt diese Gewalt, nicht seiner persönlichen oder menschlichen Eigenschaften wegen, sondern insofern er *Eigentümer* des Kapitals ist. Die *kaufende* Gewalt seines Kapitals, der nichts zierstehen kann, ist seine Gewalt.«²⁹ Ähnlich weite Dimensionen zeichnen sich ab, wenn *Marx*' Satz von der Idee, die zur »materiellen Gewalt« wird, in diesem Kontext interpretiert wird.³⁰ Obwohl die Rede von der »außerökonomischen, unmittelbaren Gewalt«³¹ in den gängigen marxistischen Interpretationen immer eben auch unterstellt, daß genau diese eine entscheidende Rolle besitzt und es gleichzeitig andere als die klassischen, an die politische Macht gebundene Gewaltformen gibt, so ist dies offensichtlich nicht immer ausreichend gewürdigt worden.

Erst unter dem Eindruck der sechziger und siebziger Jahre mit Studentenbewegung und Unidad-Popular-Regierung in Chile gewinnt die Suche nach anderen als den traditionellen Gewaltorientierungen in der marxistisch beeinflussten Diskussion Raum. Das schlägt sich durchaus auch in den staatssozialistischen Ländern nieder, wo zumindest über das Verhältnis von friedlicher und gewaltfreier Revolution nachgedacht und ein weiter Gewaltbegriff diskutiert wird.³² Vor allem aber eröffnet die eurokommunistische Diskussion neue Dimensionen dieses Herangehens. Unter Rückgriff auf *Antonio Gramsci* werden die differenzierten Formen der Machtausübung in den modernen westlichen Staaten deutlich, rücken Hegemonialapparate beziehungsweise ideologische Staatsapparate³³ als neue Kampffelder in den Mittelpunkt des Interesses linker Analyse und geraten zu Zielen des politischen Kampfes. *Gramsci* verweist darauf, daß »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang«³⁴ seien und sieht durchaus, daß dies auch ein Problem der politischen Machtausübung der bislang Unterdrückten sein wird.

Kernproblem all dieser Überlegungen ist natürlich, daß zwar davon auszugehen ist, daß in allen staatlich, ökonomisch wie sozial begründeten Strukturen Gewalt eine Rolle spielt, für deren Aufrechterhaltung notwendig ist. Das Problem ist, daß Legitimität von Gewalt immer die Legitimität des betreffenden politischen und sozialen Systems ist, die aber letztlich ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht zu bekommen ist. Elementar sind Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit von Gewalt und letztlich der Ausschluß von terroristischen Formen der Gewaltanwendung durch die Gewaltinhaber, wo-

»Aber sobald die Eigentumsfrage ins Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfibel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten. In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle. Recht und Arbeit waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von »diesem Jahr«. In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andre, nur nicht idyllisch.«
Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 742.

bei hier jeweils sehr konkret nach den Zusammenhängen zu fragen ist. Politische Konflikte entzündeten sich in der Geschichte immer wieder am Fehlen beziehungsweise am Verlust der Legitimität, der fehlenden demokratischen Kontrolle und an der Unverhältnismäßigkeit des Gewalteinsatzes.

Die Gewaltfrage konkret – deutsch-deutscher Umgang mit der Gewalt in Revolution und Anschluß 1989/90

»Die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation ... werden ... Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, z. B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.« Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 779.

Die Gewaltfrage hat für die DDR der achtziger Jahre sichtbar eine doppelte Dimension.³⁵ Zum einen die innere Gewalt, in der die Staatsmacht als Träger der Gewalt agiert und in der es im Unterschied zu den Zeiten des Stalinismus nur partiell, allerdings überaus wirksam und von nicht wenigen Bürgern als bedrohlich empfunden zu politischer Gewaltanwendung vor allem im polizeilich-geheim-polizeilichen Bereich gekommen ist. Stärker als diese vor allem physischen Gewaltformen, die an der Staatsgrenze West in der brutalsten Form auftraten, wirkte jedoch auch in dieser Gesellschaft die strukturelle Gewalt, die individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Freiheitsverwirklichung einschränkte. »Unterdrückung« durch Demokratieverweigerung und »Entfremdung« von Politik und Wirtschaft waren für die Mehrzahl der DDR-Bürger in einem Staat, der sich eigentlich die Aufhebung der Gewalt auf die Fahnen geschrieben hatte, präsent, nicht unbedingt im Sinne physischer Existenzbedrohung, wohl aber in der indirekten Einwirkung, der Begrenzung, der Bevormundung.³⁶

Zum anderen – und dies bis 1989 weit offener diskutiert und empfunden – wurde die Gewaltdimension in den internationalen Beziehungen unter den Vorzeichen des neuen Kalten Krieges seit Ausgang der siebziger Jahre nach Afghanistan-Invasion, SS-20-Aufstellung und NATO-Nachrüstung begriffen. Obwohl auch hier die politischen Gewaltinstrumente eine selbstbestimmte Friedensbewegung einschränkten, so gab es doch auch in der offiziellen Friedensbewegung, ja in der durch *Honecker* betriebenen Politik der »Koalition der Vernunft« und in den ungeachtet der Repressionsmaßnahmen vorhandenen politischen Freiräumen unter dem Kirchendach hinreichend Möglichkeiten, diese Gewaltbedrohung zu begreifen, zu diskutieren und Auswege zu suchen.

Positiv erwies sich, daß es mit der neuen Runde von Wettrüsten und Kaltem Krieg in den achtziger Jahren eine staatliche Außen- und Deutschlandpolitik zum Abbau der Spannungen gab. Insbesondere die von SED und SPD betriebene Diskussion zum Ausschluß der zwischenstaatlichen Gewalt mittels der Schaffung von Kernwaffen-, Chemiewaffen-, Angriffswaffen-freien Zonen nutzten Ost wie West die Chance, dialogfähig zu werden. Ein »friedlicher Wettbewerb« der Systeme und ein »Dialog« konnten und sollten in neuer Weise gegen die militärische Gewalt im Nuklear-Zeitalter wirksam werden. Auf einmal schien es möglich, Frieden auf der Grundlage der bestehenden Verhältnisse zu erreichen, weil die Friedensfähigkeit und Reformfähigkeit des jeweils anderen Gesellschaftssystems anerkannt wurde; Gattungsinteressen sollten Vorrang vor Klasseninteressen haben, völlig neue Möglichkeiten der Vereinigung von Menschen und politischen Gruppen schienen in diesem Kontext zu

entstehen; statt eines Abschreckungsfriedens sollte ein Verständigungsfrieden mit Dialog möglich werden; die Sicherheitsstrukturen sollten entmilitarisiert und internationales Recht gestärkt werden, Vertrauensbildung, Kooperation, friedliche Konfliktlösung das Gebot der Stunde sein.³⁷ Das gemeinsame Ideologiepapier von SED und SPD unmittelbar vor dem Honecker-Besuch in Bonn wurde so auch für die innenpolitische Entwicklung der DDR zum Schlüsseldokument.³⁸

Das prägte in der konkreten historischen Situation das Denken und Handeln von Regierten wie Regierenden, wobei letztere in den achtziger Jahren sowohl durch die zugespitzte sicherheitspolitische Lage wie durch das Versagen vor den Herausforderungen der Hochtechnologie nachdrücklich mit den Grenzen des sowjetischen Sozialismusmodells konfrontiert waren. Nicht zufällig wurde einer der zentralen Begriffe der Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungsdiskussion zwischen Ost und West, der Begriff des *Dialogs* zum Synonym für eine einzufordernde Demokratisierung der realsozialistischen Verhältnisse, um Stagnation und Krise zu überwinden.

In diesem historischen Kontext ist hier nur ein kursorischer Blick auf die sogenannte friedliche Revolution vom Herbst 1989 möglich – es gibt exzellente Detailuntersuchungen zu einigen Aspekten des DDR-Themas von *Hans-Hermann Hertle*³⁹, *Walter Süß*⁴⁰, *Paul Heider*⁴¹, so daß es hier weniger um die Details als um die Suche nach einer Verallgemeinerung gehen kann und muß.

Der Aufruf der sechs Leipziger Bürger am 9. Oktober 1989 angesichts eines drohenden Zusammenstoßes von Demonstranten und Sicherheitskräften wurde prägend: »Wir bitten sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.«⁴² »Keine Gewalt«⁴³ wurde im Oktober und November 1989 zu einer zentralen, erfolgreichen Losung von Bürgerbewegungen und politisierten Bürgern der mündig werdenden DDR, Sicherheitspartnerschaften scheinbar unversöhnlich gegenüberstehender politischer Kräfte – die zu diesem Zeitpunkt allerdings in ihrer Mehrheit weit mehr Übereinstimmung in den Zielen besaßen als sie sich eingestanden⁴⁴ – bestimmten eine historische Erfahrung, die aufhebenswert ist.

Dabei war dieser friedliche Verlauf – der in ähnlicher Weise in ganz Osteuropa sich vollzog (mit Ausnahme eines undurchsichtigen Gewaltkapitels in Rumänien, den nationalistischen Konflikten in den Sowjetrepubliken 1989/90 ff und dem Moskauer Putsch 1991) – so überhaupt nicht zu erwarten. Bislang gab es vereinfacht ein relativ überschaubares und klares Krisenszenarium, das von einer falschen Grundprämisse ausgehend, ein recht invariantes Lösungsmodell anbot: Der Realsozialismus wäre eine letztlich harmonische, widerspruchsfreie Gesellschaft, in der alle Voraussetzungen für eine Beherrschung von unterschiedlichen Interessen bei Dominanz der gesellschaftlichen, von der Partei und ihrer Führung definierten Interessen gegeben seien. Wenn Konflikte und Krisen auftreten, dann sind sie zwangsläufig Folge des Wirkens des Klassenfeindes und so ist mit ihnen umzugehen. Es gab also bei allen größeren Krisen immer wieder sehr schnell die Suche nach gewaltsamen, zumindest repressiven Lösungen – wobei der Mauerbau hier noch eine besondere Variante darstellte –, dies ist bei allen großen gesellschaftlichen Kri-

»Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer, Masseninitiative anstelle der Trägheit, Idealismus, der über alle Leiden hinweg trägt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkteste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.«
Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 361/362.

»§86}. Machiavelli. Ein weiterer festzumachender und zu entwickelnder Punkt ist derjenige der ›Doppelperspektive‹ im politischen Handeln und im staatlichen Leben. Verschiedene Grade, in denen die Doppelperspektive auftreten kann, von den elementarsten bis zu den komplexesten. Aber auch dieses Element ist an die Doppelnatur des Machiavellischen Zentauren gebunden, der Gewalt und des Konsenses, der Herrschaft und der Hegemonie, des Zwangs und der Kultur (der ›Kirche und des Staates‹, wie Croce sagen würde), der Agitation und der Propaganda, der Taktik und der Strategie. Einige haben die Theorie der ›Doppelperspektive‹ auf etwas Enges, Beschränktes, Banales reduziert, das heißt auf nichts anderes als auf zwei aufeinanderfolgende Formen von ›Unmittelbarkeit‹. Statt dessen kann genau das Gegenteil eintreten: daß je ›unmittelbarer‹, elementarer die erste ist, desto ferner, komplexer, erhöhter die zweite sein kann, das heißt, es kann wie im menschlichen Leben vorkommen, daß der einzelne, je mehr er die eigene unmittelbare körperliche Existenz zu verteidigen gezwungen ist, desto mehr alle komplexen und höchsten Werte der Menschheit unterstützt und sich auf ihren Standpunkt stellt.« Antonio Gramsci, H. 8.

sen des Ostblocks 1953, 1956, 1968, 1970/71, 1976, 1980/81 nachzuvollziehen.⁴⁵ Und so wurde im Herbst 1989 als ein böses Menetekel auch die Krisenlösung vom Pekingener Platz des Himmlischen Friedens aufgefaßt und gefürchtet. Im Realsozialismus fehlte ein funktionierendes System der Konfliktregulierung⁴⁶, was allen Reformern, ungeachtet ihrer sonstigen politischen Orientierung, vollauf bewußt war, schließlich auch *Michail Gorbatschow*⁴⁷, an dem sie aber praktisch scheiterten. An diese Erfahrungen suchten nicht zuletzt die SED-Reformer im Herbst 1989 anzuknüpfen.⁴⁸

Es gab einen gemeinsamen Typ von Krisenmanagement der Supermacht und ihres Militärblocks, des Warschauer Vertrages. Wenn nationale Führungen wankten und die Lage im Lande sich zu Krise und offenem Aufruhr zuspitzte, dann wurde immer wieder ein viergliedriger Mechanismus aktiviert:

(1) Kritik an der bisherigen, faktisch gescheiterten Führung und Forderungen nach einem Kurswechsel zur Rückkehr in das sowjetische Modell;

(2) Suche nach geeigneten Alternativkandidaten, die die sowjetischen Interessen garantieren und erforderlichenfalls deren Anstiftung zur Palastrevolution;

(3) wenn nötig flankierender militärischer Druck und im äußersten Falle bewaffnete Intervention;

(4) stützen der Konsolidierung nach der Machtsicherung durch massive Wirtschaftshilfe der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Dabei war die sowjetische Führung durchaus zu Opfern des eigenen Volkes bereit, um den Verbündeten wieder Handlungsspielraum zu verschaffen. Der zunehmende Verlust dieser Hilfsmöglichkeiten lähmte in den siebziger und achtziger Jahren mehr und mehr die sowjetische Außenpolitik.

Das Vorgehen nach diesem Muster ist sowohl für die DDR 1953 zu beobachten wie beispielhaft für Ungarn 1956, wo dieses Krisenmanagement zum einzigen Mal mit vollem Erfolg gelang.⁴⁹ Ähnlich versuchte man die Krise in der ČSSR 1968 und in Afghanistan 1978/79 in den Griff zu bekommen, schließlich auch in Polen 1980/81. Man hatte geheimdienstliche und militärische Krisenbewältigung gelernt, die unter den neuen Bedingungen die eigentlichen Probleme nicht löste. Dabei trugen die Rückversicherung und Abhängigkeit bei der Führungsmacht noch dazu bei, daß die nationalen Führungen nur unzureichend ihren eigenen Anteil am offenen Konfliktausbruch reflektierten.⁵⁰ Nicht selten delegierten die Kontrahenten in den nationalen KP-Führungen die Entscheidung nach Moskau, wo bis in die achtziger Jahre sowieso das letzte Wort beansprucht wurde.

Im Kern ging es immer wieder um zwei Fragen: Einmal um die Fähigkeit, sich wirtschaftlich auf der Höhe der Zeit zu bewegen. Das bedeutete in allen Reformen im Ansatz mehr Markt statt zentralistischer Kommandowirtschaft. Andererseits zielten Lösungen auf mehr Demokratie und einen nicht mehr administrierten Führungsanspruch der KP.

Eines fällt auf: Für das Selbstverständnis der Führungen war die Bestimmung von Krisen als Bedrohung, gleichgesetzt mit der Konterrevolution, relativ unproblematisch. Während sie sich in den or-

thodoxen Ländern konsequent weigerten, für Wirtschaftskrisen einen Krisenbegriff zu verwenden, waren sie um so eher bereit, diesen Begriff politisch anzuwenden. Allerdings war dann die Diagnose »Krise« gleichbedeutend mit akuter Konterrevolutions-Gefahr und damit der Notwendigkeit der »Verteidigung der Revolution« mit allen Mitteln. In der tschechoslowakischen Krise 1968 haben die Verbündeten erstmals in aller Öffentlichkeit ihre Schlüsselbegriffe für politische Stabilität definiert und dabei in der später als »Breshnew-Doktrin« apostrophierten Bestimmung deutlich gemacht, daß es »nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten (sind). Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft verbundenen Staaten.«⁵¹ In dem Moment, da die Führungsmacht mit der Perestrojka selbst auf Reformen setzte, mußte dieses Konfliktmodell zwangsläufig zusammenbrechen. In die Sowjetunion konnte keiner mehr intervenieren.

Bis dahin fürchteten die Reformkräfte/Oppositionskräfte diese Risiken, da sie spätestens seit 1956 gelernt hatten, daß eine erfolgreiche Reform des Staatssozialismus im Kern auch eine Reform seines Krisenregulationsmechanismus bedeuten mußte, um zu einem demokratischen, den Markt nutzenden Sozialismus zu kommen. Denn genau jenes zivilgesellschaftliche, der politischen Macht vorgelagerte Festungssystem des Kapitalismus, das *Gramsci* so überzeugend beschrieb, fehlte dem Staatssozialismus. Im Zweifelsfall waren Wirtschaft, Gewerkschaften, Staatsapparat, VKSK oder DTSB ein und dasselbe – die allmächtige Partei.⁵² Deshalb suchten sie abgestufte, friedliche Wandlungskonzepte.⁵³

Das Ausbleiben einer gewaltsamen Konfrontation – bis auf den Einsatz polizeilicher Gewalt (auch wenn von MfS und NVA-Hundertschaften teilweise ausgeführt) um den 3. - 8. Oktober, bei teilweise brutalen Übergriffen⁵⁴ – war offenbar durch Einsichten der beteiligten Kräfte auf beiden Seiten geprägt: (1) die Nachwirkungen der friedenspolitischen Diskussionen der achtziger Jahre, (2) das Menetekel des Platzes des Himmlischen Friedens mit seinen historischen Vorläufern, (3) den Rückgriff auf die eigenen Ideale, aber (4) auch vom Begreifen der neuen, reformerischen Rolle der Sowjetunion. Dazu kam für den SED-Partei- und Machtapparat die Einsicht der eigenen Krisensituation, die nach Auswegen im Sinne *Gorbatschows* rief, dazu aber Massenunterstützung benötigte.

In Gestalt der Bürgerkomitees, der Dresdner *Gruppe der 20*⁵⁵, vor allem aber der Runden Tische⁵⁶ schufen sich Aufbegehrende und letztlich auch Machthaber – in diesem Sinne sehr wohl im Sinne von *Timothy Garton Ashs* »Refolution«⁵⁷ – Rahmenbedingungen einer friedlichen Konfliktregelung unter Einbeziehung beider Seiten. An dieser Stelle wird deutlich, daß es hier aber immer nur um die Gewaltfreiheit als Freiheit von militärischer, repressiver physischer Gewalt ging. Im Galtung'schen Sinne strukturelle Gewalt war naturgemäß in all diesen Auseinandersetzungen vorhanden, sowohl seitens der Verteidiger der Partei- und Staatsmacht als auch der Bürgerbewegten als Träger einer Gegengewalt, die ihre Zahl, relative Organisation und moralische Stärke, auch ihre (zum Großteil westgestützte) Medienpräsenz bewußt in die Waagschale werfen konnten.

»Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur.

Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden.«

Aufbruch '89 – Neues Forum, in: Aufbruch '89. Wir sind das Volk, Leipzig 1990, S. 12.

»Wir wenden uns an alle, die von der Not des Landes betroffen sind, und laden sie zum Zusammengehen ein. Wir hoffen auf ein Bündnis aller reformwilligen Menschen, auch von Christen und kritischen Marxisten.

Laßt uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine solidarische Gesellschaft, in der:

- sozialistische Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind,

- der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht und durch den gerechten Ausgleich verschiedener Interessen verwirklicht wird,

- die verantwortliche und schöpferische Arbeit der Bürgerinnen und Bürger einen lebendigen Pluralismus unseres Gemeinwesens schafft,

- Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit den inneren Frieden sichern,
- Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden,
- Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder gemehrt wird,

- Lebenserfüllung in Gemeinschaftlichkeit und schöpferischem Tun für das Gemeinwohl mehr als bisher gesucht und gefunden werden kann.

Alle, die sich beteiligen wollen, laden wir zu einem Dialog über Grundsätze und Konzepte einer demokratischen Umgestaltung unseres Landes ein.«

Gründungsaufruf der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, in: ebenda, S. 15.

Insofern war es eine friedliche Revolution, aber keineswegs, wie oft irrtümlich unterstellt wurde, eine gewaltfreie Revolution. Interessen wurden durchgesetzt, auch von den unter der Losung »Keine Gewalt« agierenden Bürgerrechtlern und einfachen Bürgern. Durch ihre Bereitschaft zum zivilen Widerstand, aber auch zum Dialog sicherten sie, daß sie Masse, Ideale und Kompromißformeln ins Feld führen konnten, um ihre Ziele zu erreichen: die Demokratisierung der DDR-Gesellschaft und ihres Sozialismus, die Überwindung des Macht- und Wahrheitsmonopols einer einzelnen Partei, die Eröffnung eines gesellschaftlichen Reformdialogs, die Durchsetzung wichtiger bürgerlicher Rechte der Meinungs-, Versammlungs-, Organisations- und nicht zuletzt Reisefreiheit. Mehr war ihnen dann allerdings durch das Eingreifen eines äußeren Akteurs und die Bereitschaft eines wachsenden, schließlich überwiegenden Teils der DDR-Bevölkerung, sich diesem Akteur unterzuordnen, nicht möglich.

Auch wenn diese Prozesse teilweise in ihrer Entfaltung erst ab Dezember 1989 (Bildung Zentraler Runder Tisch) bis März/April 1990 (faktische Koregierung Runder Tisch und Modrow-Regierung, Verfassungsentwurf des Runden Tisches, Sozialcharta) wirksam wurden und später gewisse Früchte trugen, so ist mit dem Thermidor des 9. November 1989 und dem Abbruch der Revolution, die gleich *Störtebecker* kopflos weiterlief, sichtbar eine andere Komponente von Gewaltwirkung im Sinne der strukturellen Gewalt zu beobachten, die für das Schicksal der DDR-Revolution und die Zukunft des vereinten Deutschland von entscheidender Bedeutung ist.

Mit der Rede des Bundeskanzlers *Helmut Kohl* zur Lage der Nation am 8. November begann offen jene Einmischung, die über mehrere Zwischenetappen die westdeutschen Akteure zum Bestimmenden der DDR-Revolution respektive ihres Abgesanges machte und den Prozeß in eine prokapitalistische Transformation überführte. Bonn konnte dabei seine gesamte politische, wirtschaftliche, aber auch geistig-moralische Macht ausspielen und mit geeigneten Schritten dafür sorgen, daß von der DDR alsbald nichts mehr übrigbleiben sollte als grüner Pfeil, Gauck-Behörde, Treuhand und eine merkwürdig gestutzte PDS. Anstelle der als unerträglich gefundenen klassischen und strukturellen Gewalt der staatssozialistischen DDR-Gesellschaft und ihrer Machtstrukturen griff mit der Öffnung der Grenzen, dem ungehinderten Agieren westdeutscher politischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Akteure und der schließlich weitgehenden Souveränitätsaufgabe durch die Währungsunion das strukturelle Gewaltsystem der alten, kapitalistischen Bundesrepublik unmittelbar in das Leben und die Transformation der DDR-Gesellschaft ein.⁵⁸ Es fanden statt: (1) die mediale Überwältigung von außen und alsbald von innen; (2) eine politische Überwältigung mit Beratern, Politikern, Wahlkämpfern, Parteien und Staatsapparaten; (3) der sukzessive und radikale Elitenaustausch von MfS bis Blockflöte; (4) die ökonomische Überwältigung. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß bereits frühzeitig – offenbar spätestens mit dem Sturm auf die MfS-Zentrale, auch Instrumente der klassischen Gewalt eines zu diesem Zeitpunkt noch fremden Staates sich in der DDR bewegten und westdeutsche Interessen wahrnahmen. Mit der Eingliederung beziehungsweise Auflösung der klassischen Gewalt-

instrumente der DDR, Polizei, Armee und Justiz, erweiterte die nun vereinte Bundesrepublik jene Gewaltstruktur, die für heutige Analysen der Gesellschaft und die Rolle der Gewalt in ihr ausschlaggebend ist.

Schließlich ist der Untergang der DDR und des sozialistischen Ostblocks mit einer ebenso überraschenden wie folgerichtigen Rückkehr der Gewalt im klassischen Sinne in die weltpolitische, aber auch nationale Arena verbunden. Der heute von Washington wie Berlin aus proklamierte »Krieg der zivilisierten Welt« gegen den »schäbigen Rest« begann im Sommer 1990, als die Vorbereitung zur ersten Schlacht des 4. Weltkriegs anließ – dem Golfkrieg. Nachdem der 3., Kalte Weltkrieg mit der Niederlage des Sowjetblocks endete.

Bezeichnend ist, daß jene Erfahrung der achtziger Jahre offenbar nur Episode bleiben sollte. Es gab die Einsicht nicht nur im Osten sondern auch im Westen, auch bei Konservativen und Sozialdemokraten, daß Krieg keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mehr sein könne. Gerade diese Einsicht begünstigte das Infragestellen der klassischen, repressiven, physischen und antipersonalen Gewalt in den innenpolitischen Auseinandersetzungen in der DDR und anderen Ostblockstaaten, nebenbei bemerkt auch bei der Überwindung der Apartheid in Südafrika.⁵⁹ Es gab die Chance für eine Entwicklung eines zivilen und auf friedliche Mittel orientierten Systems von Methoden und Mechanismen der zwischenstaatlichen wie innerstaatlichen Konfliktaustragung. Gerade die Erfahrungen des Wandels in der DDR (oder auch in Polen) belegten, daß selbst bei diametralen Grundpositionen das Ringen um konsensuale Lösungen und die Einheit von politischen, ökonomischen wie sozialen Herangehensweisen Konflikte entschärfen und klassische Gewalt vermeiden kann. Damit ist Gewalt in sozialen, in Herrschaftsverhältnissen – im Sinne der strukturellen Gewalt – nicht überwunden, ihre gefährlichsten Folgen sind aber eingeschränkt. Die Möglichkeit des Ausbrechens aus der Gewaltlogik, in der Gewalt wieder Gewalt gebiert, sollte möglich sein. Und solche Mechanismen sind für Gesellschaften, die eben keine Idealgemeinschaften sind – sowohl Realsozialismus wie Realkapitalismus waren beziehungsweise sind verbesserungs- und reformbedürftig –, unerlässlich. Ohne jene damals mögliche Zivilisierung der Konfliktaustragung im doppelten Sinne – im Sinne des Verzichts auf physische, auf militärische Gewalt und im Sinne der Rücknahme der Lösungskompetenzen in eine sich herausbildende Zivilgesellschaft – werden Konflikte in der nun neu definierten Weltordnung wieder nur in die klassischen, gewaltsamen Austragungsformen zurückfallen: Aug' um Aug', Zahn um Zahn ...

»Die Leipziger Bürger Prof. Kurt Masur, Pfarrer Dr. Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange und die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Dr. Kurt Meyer, Jochen Pommert und Dr. Roland Wötzel wenden sich mit dem folgenden Aufruf an alle Leipziger: Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung. Wir alle brauchen einen freien Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.« Aufruf von 6 Leipziger Bürgern, in: ebenda, S. 57 f.

1 Vgl. z. B. Wolf-Dieter Eberwein: Demokratie und Gewalt. Kontinuität, Umbruch und Wandel, in: WZB-Mitteilungen, H. 56/1992, S. 11-17; Jörg Calließ: Friede kann nicht erzwungen werden. Plädoyer für friedliche Konfliktbearbeitung, in: Berliner Debatte INITIAL, H. 6/1995, S. 37-46; Norbert Ropers, Tobias Debiel (Hrsg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt, Bonn 1995; Wolfgang R. Vogt (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde – Konzepte – Handeln, Baden-Baden 1997; Volker Matthias: »Erfolgsgeschichten« friedlicher Konfliktbearbeitung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zu Das Parlament, (im weiteren: Aus Politik), H. B 16-17/98, S. 13-22; Tobias Debiel, Martina Fischer: Krisenprävention in einer gewaltträchtigen Welt. Was kann europäische und deutsche Entwicklungspolitik leisten?, in: ebenda, H. B 12/2001, S. 14-23.

2 Vgl. z. B. Roland Eckert: Demokratie, Konflikt und Gewalt. Wie geht unsere Gesellschaft mit neuen sozialen Auseinandersetzungen um?, in: Walfried Dettling (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München 1994, S. 262-284; Siegfried Grundmann: Toleranz und Gewalt, in:

- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die real-existierende post-sozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur, Berlin 1994, S. 176-185; Frank Wilhelmy: Zivilisation und Barbarei. Der ambivalente Diskurs über Gewaltpotentiale und Zivilisierungschancen der kapitalistischen Moderne, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 97/1997, S. 29-32.
- 3 Vgl. z. B. Trutz von Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt, Opladen/Wiesbaden 1997; Wolfgang Sofsky: Traktat über die Gewalt, Frankfurt/M. 1996, 2. A.; Ders.: Paradies der Grausamkeit. Was ist es, das im Menschen sticht, schießt, prügelt und mordet? Eine Anatomie der Gewalt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Februar 1999, S. 51; Peter Gay: Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter, München 2000.
 - 4 Vgl. z. B. Ekkehard Mochmann, Uta Gerhardt (Hrsg.) im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI): Gewalt in Deutschland. Soziale Befunde und Deutungslinien, München 1995; Johannes Esser (Hrsg.): Wege aus der Gewalt, Münster 1998.
 - 5 Hans Saner: Vorwort, in: Kurt Röttgers, Ders. (Hrsg.): Gewalt. Grundlagenprobleme in der Diskussion der Gewaltphänomene, Basel/Stuttgart 1978, S. 7.
 - 6 Siehe dazu ausführlicher Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999; Ders.: Die abgebrochene Revolution 1989/90, in: Konfliktforschung aktuell. Probleme – Analysen – Standpunkte, Wissenschaftliche Mitteilungen des Vereins für angewandte Konfliktforschung e.V. Berlin, H. 2-3/2000, S. 53-62.
 - 7 Vgl. z. B. Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig 1978; Benjamin Constant: Über die Gewalt. Vom Geist der Eroberung und von der Anmaßung der Macht, Bern 1942.
 - 8 Siehe instruktiv: Iring Fetscher: Gewalt im Denken von Marx und Engels, in: Norbert Leser (Hrsg.): Macht und Gewalt in der Politik und Literatur des 20. Jahrhunderts, Wien-Köln-Graz 1985, S. 107-121.
 - 9 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, (im weiteren: MEW), Bd. 20, S. 171.
 - 10 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 779.
 - 11 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 148.
 - 12 Karl Marx: Das Kapital, a.a.O.
 - 13 Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 468.
 - 14 Dies.: Manifest des Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4,S. 482.
 - 15 Ebenda, S. 481.
 - 16 Friedrich Engels: [Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« (1895)], in: MEW, Bd. 22, S. 515.
 - 17 Ders.: Brief an Conrad Schmidt, 27. Oktober 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 493.
 - 18 Wladimir Iljitsch Lenin: Dritter Gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare. 11. (24.) Januar 1918, in: Ders.: Werke, (im weiteren: LW), Bd. 26, S. 459.
 - 19 Ders.: Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei (Rede auf der Moskauer Governmentkonferenz der KPR (B) 21. November 1920), in: LW, Bd. 31, S. 412.
 - 20 Ein neues Lenindokument. Erste Skizzen und Plan einer Broschüre über die Diktatur des Proletariats, in: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 3-4/1970, S. 242.
 - 21 Hannah Arendt: Macht und Gewalt, München 1994, 9. Auflage, S. 25.
 - 22 Siehe Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Reinbek bei Hamburg 1969.
 - 23 Hannah Arendt: Macht und Gewalt, a. a. O., S. 52.
 - 24 Georges Labica: Stichwort »Gewalt«, in: Ders. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Gérard Bernusson: Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Berlin 1983-1989, Bd. 3, S. 435.
 - 25 Johan Galtung: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1977, 3. Auflage, S. 9.
 - 26 Ebenda, S. 12, 13.
 - 27 Hans Saner: Hoffnung und Gewalt. Zur Ferne des Friedens, Basel 1982, S. 73.
 - 28 Siehe z. B. Johan Galtung: Hitlerismus, Stalinismus, Reaganismus. Drei Variationen zu einem Thema mit Orwell. Mit einem Vorwort von Dieter S. Lutz, Baden-Baden 1987, S. 166.
 - 29 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW. Ergänzungsband 1, S. 484.
 - 30 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385; vgl. Labica, Georges: a. a. O.
 - 31 Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1, a. a. O., S. 765.
 - 32 Vgl. z. B. Autorenkollektiv: Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin 1978, S. 75, Berlin 1983, S. 85.
 - 33 Siehe z. B. Louis Althusser: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie-Position, Hamburg/Berlin-West 1977; Santiago Carrillo: »Eurokommunismus« und Staat, Hamburg/Westberlin 1977.
 - 34 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 4, Hamburg 1992, H. 6 §{88}, S. 783.
 - 35 Zu den Ereignissen 1989/90 und ihrer Vorgeschichte ausführlich: Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution, a. a. O.
 - 36 Siehe repräsentativ mit der Sicht der sich herausbildenden Bürgerbewegungen: Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat, Leipzig-Weimar 1990.
 - 37 Wolfgang Scheler: Die Stellung des (marxistischen) Sozialismus zur militärischen Gewalt, in: International. Informationsschrift der AG Friedens- und internationale Politik, H. 4/1997, S. 64.
 - 38 Siehe Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED/Grundwertekommission der SPD: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Neues Deutschland vom 28. August 1987, S. 3.
 - 39 Siehe Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996.
 - 40 Siehe Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.
 - 41 Siehe Paul Heider: Zur Gewaltfrage in der friedlichen Revolution im Herbst 1989, in: Helle Panke e.V. (Hrsg.): 1989-1990: Die DDR zwischen Wende und Anschluß. Beiträge einer Wis-

- senschaftlichen Konferenz, Berlin 2000, S. 31-37; Ders.: Die NVA im Herbst 1989. Zu ihrer Haltung während der revolutionären Umwälzungen und ihr innerer Wandel auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: UTOPIE kreativ, Berlin. H. 54 (1995), S. 47-63.
- 42 Aufruf von 6 Leipziger Bürgern, in: Aufbruch '89. Wir sind das Volk, Leipzig 1990, S. 58.
- 43 Siehe anschaulich: Norbert Heber, Johannes Lehmann (Hrsg.): Keine Gewalt! Der friedliche Weg zur Demokratie. Eine Chronik in Bildern, Berlin 1991, 2., überarbeitete Auflage.
- 44 Siehe Rainer Land, Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum 1994; Dies.: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Berlin 1998.
- 45 Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements. hefte zur ddr-geschichte, Heft 30, Berlin 1996.
- 46 Vgl. die unterschiedliche Herangehensweise an genau dieses Problem in Zeiten von Reformversuchen: Wladimir Iljitsch Lenin: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki, in: LW, Bd. 32, S. 1 ff; Uwe-Jens Heuer: Demokratie und Recht im Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965; Jiri Pelikán (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPdSU am 22. August 1968, Wien/Frankfurt(M.)/Zürich 1969.
- 47 Siehe z. B. Michail Gorbatschow: Die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei. Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU. 27. Januar 1987, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 4, Berlin 1988, S. 329-393.
- 48 Siehe z. B. Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert, Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin 1989.
- 49 Auch die SED-Führung glaubte, diese Erfahrungen für die eigene Herrschaftssicherung nutzen zu können. Vgl. Joachim Krüger: Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluß des SED-Politbüros vom November 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4/92, S. 75-85.
- 50 Siehe Lutz Prieß, Detlef Eckert: Zu Verhaltensmustern der SED-Parteiführung in Krisensituationen der DDR – politischer Machtanspruch kontra Demokratie, a. a. O., S. 101.
- 51 Gemeinsamer Brief der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien Bulgariens, Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Sowjetunion an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Dokumente, Bd. XII, Berlin 1971, S. 86.
- 52 Vgl. z. B. Michael Brie: Marxismus und administrativer Sozialismus, in: Das Argument, H. 188/1991, S. 507-517.
- 53 Siehe exemplarisch seit der Niederschlagung des Prager Frühlings bis zum Herbst 1989 z. B. Jiri Pelikán, Manfred Wilke (Hrsg.): Opposition ohne Hoffnung? Reinbek bei Hamburg 1979; Thomas Meyer, Zdenek Mlynár (Hrsg.): Die Krise des Sowjetsystems und der Westen. Ökonomie, Ideologie, Politik und die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen, Köln 1986; Gründungsaufwurf der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, in: Aufbruch '89. Wir sind das Volk, Leipzig 1990, S. 14-18; Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert, Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie.
- 54 Siehe Heinrich Fink (Vorwort): Schnauze! Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober 1989. Berlin – Leipzig – Dresden, Berlin 1990; Daniela Dahn, Fritz-Jochen Kopka (Redaktion): Und diese verdammte Ohnmacht. Report der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./8. Oktober 1989 in Berlin, Berlin 1991.
- 55 Siehe u. a. Karin Urich: Die »Gruppe der 20« und der »Dresdner Weg«. Lokale Besonderheiten während des Umbruchs 1989/90 in der DDR, in: Deutschland-Archiv, H. 5/1999, S. 766-772; Herbert Wagner: Zwanzig gegen die SED. Der Dresdner Weg in die Freiheit, Stuttgart-Leipzig 2000.
- 56 Siehe u. a. André Hahn: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Berlin 1998; Thomas Klein: Außer Reden nichts gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung, in: Bernd Gehrke, Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 222-245; Viola Schubert-Lehnhardt: Runde Tische als Instrumente von Basisdemokratie - am Beispiel des Frauenpolitischen Tisches in der Stadt Halle, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 1/2000, S. 55-62; Uwe Koch: Das Instrument "Runder Tisch" als Kommunikationsmedium und Konfliktbearbeitungsinstanz der DDR-Opposition 1989/1990, in: Johannes Esser (Hrsg.): Wege aus der Gewalt, Münster 1998, S. 195-208; Hermann-Josef Rupieper: Runde Tische in Sachsen-Anhalt 1989/90. Einige Bemerkungen zur Forschungsproblematik, in: Günther Heydemann, Günther Mai, Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 365-378.
- 57 So Timothy Garton Ash: Rückblick auf die Entspannung, in: Aus Politik, H. B 14/94, S. 7.
- 58 Siehe Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996, 3. Auflage; Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000, 2., durchges. Auflage; Jörg Roesler: Zum Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß, Frankfurt/M.-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Wien 1999.
- 59 Vgl. z. B. Alister Sparks: Morgen ist ein anderes Land. Südafrikas geheime Revolution, Berlin 1995; Wahrheits- und Versöhnungskommission Südafrika: Das Schweigen gebrochen »Out of Shadows«. Geschichte – Anhörungen – Perspektiven, Frankfurt/M. 2000.